



Ingenieurkammer Niedersachsen

Offizielles Mitteilungsorgan der Ingenieurkammer Niedersachsen · Körperschaft des öffentlichen Rechts

■ AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Neufassung der Gebühren- und Auslagensatzung

Die Neufassung der Gebühren- und Auslagensatzung der Ingenieurkammer Niedersachsen mache ich nachstehend bekannt.

Hannover, 17.01.2019
Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer
Präsident

Anlagen

Ausfertigung

Die 6. Vertreterversammlung hat in ihrer 5. Sitzung am 11.12.2018 gemäß § 35 Abs. 3 Niedersächsisches Ingenieurgesetz (NIngG) vom 25.09.2017 in der Fassung des Gesetzes vom 16.05.2018 (Nds. GVBl. S. 66) die nachfolgende Gebühren- und Auslagensatzung beschlossen. Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung hat mit dem Erlass vom 16.01.2019 – Az: 21-32 172/2035 – die Neufassung der Gebühren- und Auslagensatzung genehmigt.

Gebühren- und Auslagensatzung der Ingenieurkammer Niedersachsen (GebS)

§ 1 Anwendungsbereich

(1) ¹Für Amtshandlungen und Leistungen, die nicht Amtshandlungen sind, erhebt die Ingenieurkammer Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dieser Satzung und dem als Anlage beigefügten Gebührenver-

zeichnis, soweit nicht gesetzlich oder satzungsrechtlich etwas anderes bestimmt ist. ²Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung.

- (2) ¹Kosten sind auch zu erheben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Amtshandlung gerichteter Antrag abgelehnt wird oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird. ²Soweit nachstehend nichts anderes geregelt ist, werden dafür Kosten in gleicher Höhe wie für die in Absatz 1 genannten Amtshandlungen und Leistungen geltend gemacht.
- (3) In den Fällen des Absatzes 2 kann die sich aus dem anliegenden Gebührenverzeichnis ergebende Gebühr um bis zu 50 % reduziert werden.
- (4) Kostenschuldnerin oder Kostenschuldner ist, wer zu der Verwaltungshandlung Anlass gegeben hat.
- (5) Die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes finden entsprechende Anwendung, soweit diese Satzung keine Regelung enthält.

§ 2 Gebühren

(1) Ist für den Ansatz einer Gebühr ein Rahmen bestimmt (Rahmengebühr), so ist das Maß des Verwaltungsaufwandes, insbesondere der erforderliche Zeitaufwand, Umfang

und Schwierigkeit für die einzelne Amtshandlung oder Leistung maßgebend.

- (2) ¹Als erforderlicher Zeitaufwand ist die Zeit anzusetzen, die unter regelmäßigen Verhältnissen von einer entsprechend ausgebildeten Fachkraft benötigt wird. ²Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, sind je angefangene halbe Stunde erforderlichen Zeitaufwands zu berechnen:
- | | |
|--|------------|
| - Geschäftsführerin oder Geschäftsführer | 55,50 Euro |
| - Sachgebietsleiterin oder Sachgebietsleiter | 50,00 Euro |
| - Sachbearbeiterin oder Sachbearbeiter | 41,50 Euro |
| - Sekretärin oder Sekretär | 34,50 Euro |

³Der anzuwendende Halbstundensatz richtet sich nach der Funktionsebene der in der Hauptsache tätigen Mitarbeiterin oder Mitarbeiters und schließt allgemeine Verwaltungskosten mit ein.

§ 3 Auslagen

- (1) ¹Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung Auslagen notwendig, so hat der Kostenschuldner sie, auch wenn die Amtshandlung gebührenfrei ist, zu erstatten; dies gilt nicht, wenn die Auslagen durch die Gebühr abgegolten werden. ²Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie



bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde oder Verband entstanden sind.

- (2) Auslagen können insbesondere Aufwendungen sein für:
- Leistungen Dritter und anderer Behörden,
 - Zustellungen und öffentliche Bekanntmachungen,
 - Dienstreisen und Dienstgänge,
 - Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer,
 - Abschriften, Auszüge, Kopien und zusätzliche Ausfertigungen,
 - Datenträger, mit denen Daten in elektronischer Form geliefert werden,
 - Telekommunikation- und Postdienstleistungen,
 - die Beförderung und Verwahrung von Sachen sowie
 - die anlässlich der Amtshandlung entstehende Umsatzsteuer.

§ 4 Fälligkeit und Beitreibung

- (1) Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an die Kostenschuldnerin oder den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Ingenieurkammer einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) ¹Eine Amtshandlung kann von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht

werden. ²Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, wird er erstattet.

- (3) ¹Bei nicht fälligkeitsgerechter Zahlung von Mitgliedsbeiträgen oder Kosten werden Mahngebühren erhoben. ²Diese betragen:
- für die 2. Mahnstufe 26 Euro,
 - für die 3. Mahnstufe 37 Euro.

§ 5 Verjährung

- (1) ¹Durch Verjährung erlischt der Kostenanspruch. ²Das Gleiche gilt für den Erstattungsanspruch. ³Was zur Befriedigung oder Sicherung eines verjährten Anspruchs geleistet ist, kann jedoch nicht zurückgefordert werden.
- (2) ¹Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die Kostenschuld entstanden ist. ²Die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre.
- (3) ¹Durch Zahlungsaufforderung, durch Stundung und durch Rechtsbehelfe wird die Verjährung unterbrochen. ²Mit Ablauf des Jahres, in dem die Unterbrechung endet, beginnt eine neue Verjährungsfrist.

§ 6 Stundung, Erlass, Billigkeitsmaßnahmen

- (1) Kosten, die dadurch entstanden sind, dass die Ingenieurkammer die Sache unrichtig behandelt hat, bleiben außer Betracht.

(2) Die Ingenieurkammer kann die von ihr festgesetzten Kosten stunden, wenn die sofortige Einziehung für den Schuldner mit erheblichen Härten verbunden ist und wenn der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.

- (3) Die Ingenieurkammer kann die Kosten ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies im Einzelfall mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten ist.

§ 7 Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

- (1) ¹Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Gebühren- und Auslagensatzung der Ingenieurkammer in der Fassung vom 23.06.2003 zuletzt geändert durch Beschluss der Vertreterversammlung am 07.12.2017 außer Kraft.
- (2) Wurden Amtshandlungen vor dem Inkrafttreten dieser Satzung beauftragt, sind aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht beendet, sind die Kosten abweichend von Absatz 1 weiterhin nach der bisher geltenden Fassung der Satzung zu erheben, soweit dies für den Kostenschuldner im Einzelfall günstiger ist.



Anlage zur Gebühren- und Auslagensatzung der Ingenieurkammer Niedersachsen: Gebührenverzeichnis

Für die in dieser Satzung genannten Amtshandlungen und sonstigen Leistungen, die nicht Amtshandlungen sind, erhebt die Ingenieurkammer gemäß § 1 Gebühren- und Auslagensatzung Gebühren wie folgt (Beträge in Euro):

Ziffer	Gegenstand	Euro
1	Liste der Beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure und Liste der freiwilligen Mitglieder	
1.1	Eintragung in die Liste der Beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure	249
1.2	Eintragung in die Liste der freiwilligen Mitglieder	83
1.3	Statuswechsel (Umschreibung vom Pflichtmitglied zum freiwilligen Mitglied oder umgekehrt)	83
1.4	Streichung der Eintragung	30 bis 200
2	Liste der Entwurfsverfasserinnen und Entwurfsverfasser und Liste der Tragwerksplanerinnen und Tragwerksplaner	
2.1	Eintragung in die Liste der Entwurfsverfasserinnen und Entwurfsverfasser	350
2.2	Eintragung in die Liste der Tragwerksplanerinnen und Tragwerksplaner	350
2.3	Streichung der Eintragung	30 bis 200
3	Gesellschaftsliste der Beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure	
3.1	Eintragung einer Kapitalgesellschaft oder einer Partnerschaftsgesellschaft in die Liste	300
3.2	Streichung der Eintragung	30 bis 200
4	Verzeichnisse	
4.1	Eintragung in das Verzeichnis der auswärtigen Beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure in den Fällen des § 13 Abs. 5 NIngG	249
4.2	Eintragung in das Verzeichnis der auswärtigen Ingenieurinnen und Ingenieure in den Fällen des § 13 Abs. 5 NIngG	83
4.3	Sofern die auswärtigen Ingenieurinnen und Ingenieure oder die auswärtigen Beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure in einem in § 13 Abs. 1 Satz 1 NIngG genannten Staat niedergelassen sind, ist die Eintragung in das Verzeichnis gebührenfrei.	
4.4	Eintragung in das Verzeichnis der auswärtigen Gesellschaften (§ 18 NIngG)	300
4.5	Streichung der Eintragung, mit Ausnahme der Ziffern 4.3	30–200
5	Jahresgebühren für Listenführung	
5.1	Jahresgebühr für das Führen und Vorhalten der Entwurfsverfasserliste von den in dieser Liste eingetragenen Personen	40
5.2	Jahresgebühr für das Führen und Vorhalten der Tragwerksplanerliste von den in dieser Liste eingetragenen Personen	40
5.3	Die Jahresgebühr nach Ziffer 5.1 oder nach Ziffer 5.2 erhöht sich, soweit die eingetragene Person nicht Mitglied der Ingenieurkammer Niedersachsen ist um	20
5.4	Ist eine Gebühr sowohl nach Ziffer 5.1 als auch nach Ziffer 5.2 zu erheben, so ermäßigt sich die Summe der Gebühren um	20
5.5	Eintragung in das Sachverständigenverzeichnis der Ingenieurkammer	80
6	Genehmigungsverfahren Berufsanerkennung	
6.1	Antragsverfahren und Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Abschlüsse entsprechend § 6 Nr. 1 NIngG, sowie Genehmigung,	150 bis 2.300



6.2	Antragsverfahren und Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen, Genehmigung gemäß § 8 NIngG	150 bis 2.300
6.3	Untersagung des Führens der Berufsbezeichnung in den Fällen des § 12 Abs. 2 Satz 1 und § 20 Abs. 1 Satz 4 NIngG	100 bis 250
7	Sachverständigenwesen	
7.1	Öffentliche Bestellung und Vereidigung: Erstbestellung	1.500
7.2	Antragsverfahren der öffentlichen Bestellung in anderen Fällen als der Erstbestellung	550
7.3	Leistungen im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren in Amtshilfverfahren	550 bis 1.500
7.4	Erfolgt in den in Ziffern 7.1 bis 7.3 genannten Fällen eine Teilnahme an einer Prüfung der Besonderen Sachkunde, wird zusätzlich eine Gebühr erhoben (Prüfungsgebühr).	800
7.5	Anerkannte Sachverständige für Erd- und Grundbau	
7.5.1	Antragsverfahren	550
7.5.2	Prüfungsgebühren: Das Prüfungsverfahren wird durch den bei der Bundesingenieurkammer errichteten Beirat durchgeführt. Die der Ingenieurkammer Niedersachsen in Rechnung gestellten Kosten werden dem Antragsteller als Auslagen auferlegt.	
	Anmerkungen zu den Ziffern 7.1, 7.2 und 7.5: a) Die Gebühr kann bei erhöhtem Aufwand je nach Zeitaufwand bis zu 500 Euro erhöht werden. b) Erhöhter Aufwand ist insbesondere gegeben, wenn - umfangreiche Unterlagen vorgelegt werden oder zusätzlicher Aufwand durch erforderliche Vervielfältigungen entsteht, - zusätzliche Sitzungen der zuständigen Prüfungskommission erforderlich sind, - die antragstellende Person ein Gespräch mit Vertretern der Prüfungskommission oder des Sachverständigenausschusses wünscht oder - ein erneuter Prüfungstermin abgestimmt werden muss, aus Gründen, die die antragstellende Person zu vertreten hat.	
8	Auswärtige Dienstleisterinnen und Dienstleister	
8.1	Überprüfung der Berufsqualifikation der Dienstleisterin oder des Dienstleisters in den Fällen des § 13 Abs. 4 NIngG	150 bis 1.500
8.2	Überprüfung der Berufsqualifikation der Dienstleisterinnen oder des Dienstleisters in den Fällen des § 20 Abs. 3 NIngG oder § 21 Abs. 5 NIngG	150 bis 1.500
8.3	Untersagung des Führens der Berufsbezeichnung, einschließlich der Fälle des § 53 Abs. 4 Nr. 4 oder Abs. 5 NBauO	100 bis 250
9	Ausstellen von Bescheinigungen	
9.1	Bescheinigung über Eintragungen in die gesetzlichen Listen oder Verzeichnisse	25
9.2	Bescheinigung der Vergleichbarkeit des Ingenieurberufs	100 bis 500
9.3	Stellungnahme als fachkundige Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 93 Abs. 2 Nr. 2 Sozialgesetzbuch III	50 bis 150
9.4	Bescheinigung in sonstigen Fällen	25 bis 500
10	Beratungen	
10.1	Für die Beratung von Mitgliedern ab der dritten Beratungsstunde je angefangene halbe Stunde innerhalb eines Kalenderjahres	50
10.2	von anderen Personen je angefangene halbe Stunde	50

Hannover, 12.12.2018
Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer
Präsident